

«Wehe, wenn nur das Geringste passiert»

AKW-Debatte Anita Fetz ärgert sich über den Bund, der nicht an AKW-Stresstest der EU teilnehmen will

VON DANIEL BALLMER

Für Anita Fetz ist der Fall klar: «Der Bundesrat hat Angst, dass der AKW-Stresstest der EU aufzeigen könnte, dass Schweizer Anlagen den Sicherheitsanforderungen nicht genügen», erklärt sie verärgert. Vor wenigen Tagen hat die Basler SP-Ständerätin eine Motion eingereicht, in den sie den Bundesrat auffordert, an eben dieser europäischen AKW-Sicherheitsprüfung teilzunehmen. Ins Auge fasst Fetz neben dem elsässischen AKW Fessenheim gerade auch das AKW Mühleberg bei Bern. «Dieses ist genau so veraltet und es kommt ebenfalls zu Störfällen.»

Bund will AKW in Eigenregie prüfen

Der Bundesrat seinerseits hat bereits klargestellt, dass er vom EU-Stresstest nichts wissen will. Das würde zu lange dauern, argumentiert Energieministerin Doris Leuthard. Die fünf Schweizer Atomkraftwerke sollen in Eigenregie auf Sicherheitsmängel überprüft werden. Von den Betreibern werden erste Erkenntnisse bis Ende Monat erwartet. Sie müssen dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi) Fragen zur Sicherheit beantworten,



Ständerätin Anita Fetz traut den Kontrollbehörden des Bundes nicht so richtig.

JURI JUNKOV

die sich aus der Katastrophe in Japan ergeben. Die Fragen münden in höhere Sicherheitsanforderungen bei schweren Erdbeben und Hochwasser.

Die EU-Staaten sind daran, die Kriterien ihrer Sicherheits-Überprüfung für sämtliche 143 AKW zu definieren. Das Bundesamt für Energie (BFE) vermutet, dass sich die EU dabei wohl nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen können wird. Daher sei davon auszugehen, dass die Schweizer AKW anhand strenger Kri-

terien beurteilt würden. Die EU will ihre Tests auf freiwilliger Basis durchführen. EI-Energiekommissar Günther Oettinger lud die Schweiz explizit ein, sich anzuschliessen.

In der Schweiz macht die Atom-Aufsichtsbehörde derweil klar, dass AKW vom Netz genommen würden, falls keine befriedigenden Antworten geliefert würden. «Wenn ein Werk nicht beweisen kann, dass Erdbeben und Hochwasser bewältigt werden können, wird es abgeschaltet – am 1. April oder in den darauf folgenden Tagen», wird Ensi-Geschäftsleitungsmitglied Georges Pillier im «Sonntag» zitiert.

Grundlage für die Neubeurteilung der Risiken ist das Forschungsprojekt «Pegasus», das das Erdbebenrisiko für die Schweizer AKW höher einschätzt als bisher angenommen. Bislang ging man davon aus, dass Beben 20 Prozent des Risikoprofils eines AKW ausmachen – heute sind es 80 bis 85 Prozent. Und: Der GAU von Japan ist in die Neubeurteilung noch gar nicht eingeflos-

sen. Gerade Mühleberg gerät damit auch in den Fokus der Behörden. Bereits Ende 2010 hat das Werk beim Ensi einen Bericht abgegeben, der zeigen soll, dass der Meiler auf das erhöhte Erdbebenrisiko vorbereitet ist.

Zweifel an unabhängiger Kontrolle

Ständerätin Fetz ist mit dem Vorgehen dennoch nicht zufrieden. An eine unabhängige Kontrolle der Schweizer AKW durch das Ensi will

«Die Nähe der Kontrollbehörden des Bundes zur Atomlobby ist schliesslich hinlänglich bekannt.»

Anita Fetz, SP-Ständerätin BS

sie nicht glauben: «Immerhin ist die Nähe der Kontrollbehörden des Bundes zur Atomlobby hinlänglich bekannt.» Eine Teilnahme am EU-Stresstest aber die Vergleichbarkeit der Schweizer AKW mit den europäischen. Auch könnten so die Ergebnisse der «Pegasus»-Studie einbezogen werden. Dies könne auch für die Bewertung des nahe von Basel gelegene AKW Fessenheim von Bedeutung sein, glaubt Fetz. «Der Bundesrat muss nun endlich handeln», fordert sie. «Denn wehe, wenn auch nur das Geringste passiert.»